

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**31
80**

Union in Deutschland

Bonn, den 20. August 1980

Den inneren Frieden sichern

Die innere Sicherheit und der innere Frieden unseres Landes haben unter der Regierungsverantwortung von SPD und FDP erhebliche Einbußen erlitten. Die CDU/CSU weiß, daß es Freiheit ohne Sicherheit nicht gibt.

Wir sagen: Sicherheit ist Grundlage der Freiheit, stellte Alfred Dregger vor der Bundespressekonferenz in Bonn fest.

Die SPD sieht im Staat vor allem ein gesellschaftssteuerndes, ein gesellschaftsveränderndes Instrument. In dieser Zielsetzung geht die SPD bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen und des finanziell Möglichen und nicht selten darüber hinaus. Die Rolle des Staates in seiner friedens- und rechtsbewahrenden Funktion und damit als Beschützer der bürgerlichen Freiheiten tritt bei der SPD demgegenüber in den Hintergrund, sie wird vielfach mißachtet, teilweise diffamiert.

Im Bestreben, ihre „Liberalität“ nachzuweisen, versucht die FDP, die SPD in dieser Hinsicht noch zu übertreffen. Dabei wird ein grotesker Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit konstruiert.

Wir wollen, daß der Staat sich auf seine Rolle beschränkt, diese aber kraftvoll wahrnimmt. Nach unserem Staatsverständnis hat der Staat dem Bürger vor allem Sicherheit zu geben, äußere, innere und soziale Sicherheit. Darüber hinaus soll

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Noch
46 Tage
bis zur
Bundestagswahl**

Heute im Wahlkampf

■ **INFORMATIONEN**
 Juso-Entschuldigung für Olympiaboykott / Abwärts-trend bei Selbständigen / Ehrenberg schützt Kommunisten / SPD-Parteitag blaß wie Johannes Rau / Bahrs scheinheilige Bürgerinitiative / Matthöfer arbeitet wie Anno Tobak Seiten 4—7

■ **DEM WÄHLER SAGEN**
 Bonn schuldet schon jedem Arbeitnehmer 10 000 DM Seite 8

■ **DOKUMENTATION**
 Gegen die Verniedlichung der Staatsverschuldung grüner Teil

■ **CDU-EXTRA**
 Stichwortregister für die Nummern 14—30/1980 gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

der Staat sich nicht in die Privatsphäre einmischen. Er soll vielmehr den einzelnen und den Gruppen ein Höchstmaß an Freiheit belassen. Diese unsere Grundhaltung erklärt unseren Widerstand gegen das Übermaß an Vorschriften und Bürokratie, gegen eine Überbesteuerung und Überschuldung.

Erster Ausfluß der Fehleinschätzung des die Freiheit schützenden Staates von seiten der SPD und FDP sind völlig ungerechtfertigte Polizeistaatsvorwürfe. **Wir stellen dazu fest: Rechtsstaat bedeutet nicht, die Sicherheitsdienste zu verdächtigen und zu lähmten, sondern sie ausnahmslos dem Recht unterzuordnen.** Der Polizeistaat stellt dagegen die Polizei von der Kontrolle durch unabhängige Richter frei. So war es im nationalsozialistischen Deutschland, und so ist es auch in allen sozialistischen Staaten kommunistischer Herkunft.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die rechtsstaatliche Ordnung dagegen Verfassungsrecht, und zwar ausnahmslos für alles staatliche Handeln und für alle staatlichen Organe. Solange das so ist, gibt es für den Polizeistaatsvorwurf bei uns keine Grundlage. CDU/CSU haben diese Verfassung zusammen mit den anderen demokratischen Parteien geschaffen. **Wir werden sie gegen alle rechts- und linksfaschistischen Angriffe verteidigen. Wir werden es aber auch nicht zulassen, daß unser Rechtsstaat mit Hilfe eines ungerechtfertigen Polizeistaatsverdachts handlungsunfähig gemacht wird.**

Das Fehlverhalten von SPD- und FDP-Politikern führt zu einem gefährlichen Verlust an Vertrauen in den demokratischen Staat und zu einer wachsenden Verunsicherung der Polizei, was die Sicherheit der Bürger beeinträchtigt.

SPD und FDP erkennen, daß ihr abstruses Verhalten allenfalls der Aktionsfreiheit der Rechtsbrecher, aber nicht der Gewaltfreiheit der Bürger dient.

Besonders bedenklich ist es, daß der derzeitige Bundesinnenminister zur Verunsicherung loyaler, dem Rechtsstaat verpflichteter Beamter beigetragen hat durch von ihm selbst inszenierte Enttäuschungskampagnen, die lediglich seiner scheinliberalen Profilierung zu dienen bestimmt waren.

Die Fehleinschätzung des Rechtsstaates durch SPD und FDP findet ihren Ausdruck auch in der Demontage des Demonstrationsstrafrechts und in der halbherzigen Terrorismusgesetzgebung. Gewalttäter, die die Demonstrationsfreiheit missbrauchen, können auf diese Weise andere Demonstranten als schützendes Umfeld für ihre Verbrechen benutzen.

Die Abwehr des Rechtsextremismus war möglich, weil daran alle demokratischen Parteien in gleicher Weise mitwirkten. Ein ähnlicher Erfolg gegenüber Linksextremisten scheitert daran, daß Teile der SPD der Sozialismus wichtiger ist als die Demokratie.

Zur Wiedererringung des inneren Friedens legt die Union folgende Konzeption vor:

① Entscheidend ist für uns die Erziehung zur Demokratie und zu den Grundwerten der Verfassung. Diese sind in den Schulen nicht zu hinterfragen, das heißt fraglich zu machen, sondern zu festigen.

② Der Staat hat für uns vor allem eine rechts- und friedenswahrende Funktion. Er hat den Menschen ein möglichst hohes Maß an Freiheit zu ermöglichen durch die Gewährleistung von Sicherheit nach innen, außen und im sozialen Bereich, im übrigen durch Selbstbeschränkung.

③ Die Achtung vor dem Recht muß von den Organen des Staates, von Politikern und Beamten vorgelebt und durch Sorgfalt in der Gesetzgebung ermöglicht werden.

④ Die Sicherheitsdienste müssen wissen, daß sie rechtmäßig handeln, wenn sie geltendes Recht beachten und nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht tun. Sie müssen wissen, daß sie dann von der politischen Führung eindeutig gedeckt werden. Eine mögliche Liberalisierung geltenden Rechts und der Dienstpraxis sollte im Benehmen mit den Praktikern aus den Sicherheitsdiensten vorangetrieben werden. Die Privatsphäre ist — wenn irgend möglich — zu achten. Kleine Sünder sind großzügig zu behandeln, soweit das Legalitätsprinzip es ermöglicht.

⑤ Verfassungsfeinde gehören nicht in den Staatsdienst. Ein Staat, der sie einstellt, nimmt sich selbst und seine Verfassung nicht ernst. Er wird dann auch von anderen nicht mehr ernstgenommen.

⑥ Die Bekämpfung der Jugendkriminalität, der Rauschgiftdelikte, der Gewaltverbrechen und des Terrorismus wird Gegenstand unserer besonderen Sorge sein.

⑦ Schließlich weisen wir auf die Notwendigkeit hin, die militärische Verteidigung durch eine zivile zu ergänzen und insbesondere den Schutz der Zivilbevölkerung im Rahmen des Möglichen sicherzustellen. In einem Land, das nach der Offensivstrategie des Ostens und der Defensivstrategie des Westens Hauptkriegsschauplatz sein würde, stellt Untätigkeit auf diesem Felde die Abschreckungswirkung der militärischen Verteidigung in Frage. Gegenüber den Bürgern ist sie in hohem Maße verantwortungslos.

LIEBE FREUNDE,

am 5. Oktober gilt es, die Entwicklung zum SPD-Staat zu stoppen. Um den SPD-Staat zu verhindern, gibt es ausschließlich eine Möglichkeit der Wahlentscheidung: beide Stimmen für die CDU/CSU.

Man muß sagen, daß die Zweitstimme über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages entscheidet. Wer seine Zweitstimme an die FDP gibt, ermöglicht damit der SPD, ihre falsche Politik fortzusetzen. Unsere Stoßrichtung im Wahlkampf aber bleibt.

Am 13. August 1980 hat die Landesgeschäftsführer-Konferenz getagt. Wir haben uns auf folgende Termine für die Verteilaktion von Flugblättern nach wichtigen Fernsehsendungen mit Spitzenpolitikern verständigt:

1. September 1980 — 21.15 Uhr ARD
Viererrunde der Parteivorsitzenden
4. September 1980 — 21.20 Uhr ZDF
Bürgersendung mit Franz Josef Strauß
11. September 1980 — 20.15 Uhr ARD
Vierersendung der Generalsekretäre
11. September 1980 — 21.20 Uhr ZDF
Bürgersendung mit Helmut Schmidt
25. September 1980 — 21.20 Uhr ZDF
Bürgersendung mit Helmut Kohl
2. Oktober 1980 — 21.20 Uhr ARD/ZDF
Viererrunde

Bitte treffen Sie alle organisatorischen Vorbereitungen.

Ihr


Ulf Fink

■ WAHLKAMPFINFORMATIONEN

Juso-Entschuldigung für Olympiaboykott

„Wir bedauern alle jene Sportler, die nicht an diesen hervorragenden Spielen teilnehmen durften, weil sie von den kalten Kriegern in ihren Regierungen daran gehindert wurden.“ Das ist der Teil eines Briefes, den die Jungsozialisten der SPD im Unterbezirk Aachen an den sowjetischen Botschafter in Bonn geschickt haben.

In den „herzlichsten Glückwünschen“ der Jusos zu der Olympiade heißt es:

SPD-Parteitag blaß wie Johannes Rau

Gütersloh brachte für die Genossen nur wenig. Die Stimmung war lahm, die Reden schwach und das Ergebnis vorher festgelegt. So mancher der fast 300 SPD-Delegierten, der zur Aufstellung der Landesliste Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl am 5. Oktober ins reichlich abseits gelegene Ostwestfalen gereist war, maulte am Ende: „Die Fahrt hätte ich mir auch sparen können, da war wirklich nichts los!“

Aus: *Kölnische Rundschau*, 18. August 1980

„Auch wenn die Sportler der BRD an einer Teilnahme gehindert wurden, auch wenn große Teile der nahezu gleichgeschalteten Presse in der BRD die Sommerolympiade '80 ständig abwerten wollten, können wir feststellen, daß diese Olympiade sportlich, organisatorisch und politisch für jeden sportlich interessierten und friedliebenden Menschen ein Erfolg war.“

Heftige Attacken richten die Jusos da gegen gegen die USA: „Obwohl die USA schon seit einigen Jahren versuchten, die Spiele in Moskau totzureden, schlechtzumachen und sie schließlich zu boykottieren, hat sich die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nicht beirren lassen und ist ihren richtigen Weg konsequent weitergegangen. Wir verbinden unseren Dank mit der Hoffnung, daß dies nicht die letzte Olympia de in einem sozialistischen Land gewesen ist.“

Hans Stercken, CDU-Bundestagsabge ordneter in Aachen, zu dem Brief: „Das ist die Jungmannschaft Helmut Schmidts, der keine Gelegenheit aus läßt, um diese aktive Volksfront als ein Hirngespinst der Unionsparteien zu dif famieren.“

Abwärtstrend bei Selbständigen

Es ist erstaunlich, wie die SPD trotz ihrer mittelstandsfeindlichen Programmatik und Politik immer wieder versucht, sich als mittelstandsfreundliche Partei darzustellen, stellte MdB Elmar Pieroth in Bonn fest. Bezeichnend dafür ist die Behauptung des Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, Hilmar Selle, daß sich unter den Kanzlern Brandt und Schmidt der Trend zur Aufgabe der Selbständigkeit verlangsamt habe.

Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Selbständigen 1970 bei 2,69 Millionen, 1977 bei 2,42 Millionen und 1978 bei 2,41 Millionen. Nun verweist Herr Selle auf einen Anstieg der Selbständigen um

26 000 im Jahr 1979. Er verschweigt dabei jedoch, daß — rechnet man die mithelfenden Familienangehörigen ein — auch 1979 die Zahl der Selbständigen erheblich geschrumpft ist, nämlich um 55 000. Gerade diese mithelfenden Familienangehörigen müssen mitberücksichtigt werden, weil auch sie gemeinsam mit ihren Partnern eigenes Risiko tragen und lieber für sich selbst vorsorgen, als sich von anderen versorgen zu lassen.

Unter der Verantwortung von SPD und FDP betrug in den letzten acht Jahren die durchschnittliche Anzahl der jährlichen Insolvenzen 7 872. In den Jahren 1962 bis 1969, als die Union die Regierungsverantwortung trug, sind dagegen durchschnittlich jährlich nur 3 218 Insolvenzen registriert worden.

Festzustellen bleibt: Die unter der Verantwortung von Brandt und Schmidt entstandene Selbständigenlücke bleibt. Von einer Trendwende kann nicht die Rede sein.

Auch Bundesfinanzminister Matthöfer will in Zukunft keineswegs die mittelständischen Unternehmen entlasten. Er kündigte in einem „Stern“-Interview an, daß Bauern und Selbständige und sonstige Einkommensteuerzahler wieder „ein klein wenig“ mehr Steuern zahlen sollten. Dies ist eine konsequente Fortführung der mittelstandsfeindlichen Politik von Brandt und Schmidt.

Ehrenberg schützt Kommunisten

Die prokommunistische Haltung der Bundesregierung in der Frage der Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst treibt, wie Carl-Dieter Spranger, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages berichtete, immer

Bahrs scheinheilige „Bürgerinitiativen“

Zu einem Interview des Bundesgeschäftsführers Egon Bahr mit der Hannoverschen „Neuen Presse“, in der er „Bürgerinitiativen gegen weitere Rüstung“ fordert, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jenninger u. a.: Egon Bahr will die Ursachen weltweiter Spannungen offenbar nicht zur Kenntnis nehmen. Er will dem sowjetischen Expansionismus und dem Problem der Rüstung mit „Bürgerinitiativen“ zu Leibe rücken. Diese Heuchelei, dieses diskrete Wegschauen angesichts der blutigen Wirklichkeiten sind bemerkenswert.

Seit 1975 mußten nahezu 13 Millionen Menschen aus ihrer Heimat flüchten — die meisten wegen des sowjetischen Expansionsstrebens in der Dritten Welt. Ob in Vietnam, Laos, Kambodscha, ob in Afghanistan, ob in Angola, Äthiopien, Somalia und Djibouti — bei allen großen Flüchtlingsbewegungen spielt die Sowjetunion mit ihrer Militärmaschinerie die gleiche düstere Rolle im Hintergrund. Der Zusammenhang zwischen dem Kommunismus sowjetischer Prägung und der Verelendung, Vertreibung und Ausrottung von Millionen Menschen ist eine un widerlegbare Tatsache.

Afghanistan und die Ereignisse in Asien und Afrika lehren, daß dem Willen zum Frieden der Wille zur Selbstbehauptung zur Seite stehen muß, wenn nicht Frieden und Freiheit in Gefahr geraten sollen — bei uns und anderswo.

neue Blüten. Vor Gericht muß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) jetzt dafür kämpfen, daß sie eine kommunistische Inspektorin nach Abschluß eines förmlichen Disziplinarverfahrens, in dem eine schwere Dienstpflichtverletzung festgestellt wurde, aus dem Dienst entlassen darf. Dies hat Bundesminister Ehrenberg der BfA untersagen lassen.

Die Bundesregierung maßt sich damit nicht nur eine totale Vormundschaft über die selbstverwalteten Versicherungsträger an, die ihr nicht zukommt. Schwerpunkt des Skandals ist, daß die Bundesregierung als Schutzpatron kommunistischer Beamter fungiert. Es ist bezeichnend, daß Bundesarbeitsminister Ehrenberg seine Rüge an die BfA beflossen in einem Schreiben an Prof. Gollwitzer mitteilt, der u. a. als öffentlicher Sympathiewerber für die Baader-Meinhof-Terroristen und als Teilnehmer zahlreicher kommunistisch-sozialdemokratischer Aktionen hervorgetreten ist.

Moskau greift in den Wahlkampf ein

Zu den verstärkten Angriffen der sowjetischen Presse gegen die CDU/CSU erklärte Helmut Kohl: Je näher der Wahltermin heranrückt, desto hemmungsloser werden die sowjetischen Angriffe gegen die CDU/CSU und ihren Kanzlerkandidaten. Sie sind im Inhalt und Ton von primitiver Polemik und von ehrverletzender Gehässigkeit. Sie stellen eine massive Einmischung in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland dar.

Es ist offensichtlich, daß die sowjetische Führung jetzt alle Rücksichtnahmen aufgegeben hat und sich offen für einen Wahlerfolg der SPD einsetzt. Die Bundesregierung verfügt über Er-

kenntnisse, daß auch die SED die Anordnung verfügt hat, alles zu tun, um die SPD bei der Bundestagswahl zu unterstützen.

Moskau und Ost-Berlin sprechen zwar immer von einer Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit allen Deutschen. Sie sollten sich daran erinnern, daß beinahe jeder zweite Deutsche CDU/CSU wählt und daß die Opposition von heute die Regierung von morgen sein kann. Die Hetzkampagne der sowjetischen Organe richtet sich damit gegen die Mehrheit der Deutschen Bürger und fügt den gegenseitigen Beziehungen erheblichen Schaden zu.

IG Metall trägt Wahlkampf in die Betriebe

Über den Pressedienst seiner Organisation sicherte das Mitglied des geschäftsführenden IG-Metall-Vorstandes, Karl-Heinz Janzen, seinen Mitgliedern Rechtsschutz bei Entlassung wegen des Tragens von „Stoppt-Strauß-Plaketten“ im Betrieb zu. Hierzu erklärte Heribert Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA): In Wirklichkeit geht es Janzen wohl um die parteipolitische Ermunterung, diese Provokation in die Betriebe zu tragen. Daß sich die IG Metall in diesem Fall gar nicht so sehr um die Verteidigung der Mitglieder sorgt, verrät die Überschrift des IG-Metall-Pressedienstes: „Die IG Metall verteidigt ‚Stoppt-Strauß-Plaketten‘ im Betrieb.“

Damit wird, ebenso wie Lutz Dickerhoff vor kurzem, wieder ein führender IG-Metall-Funktionär zu einer Belastung für die Einheitsgewerkschaft. Diese Ge- nossen scheren sich wenig um den

SPD will Radikale in den Staatsdienst schleusen

Heiner Geißler macht auf eine neue, unserem Rechtsstaat durch die SPD drohende Gefahr aufmerksam: Die Sozialdemokraten haben die Absicht, den öffentlichen Dienst in noch stärkerem Maße für Extremisten zu öffnen. Dabei ist sich der Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion Emmerlich durchaus darüber im klaren, daß dies nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes gegen das Grundgesetz verstoßen würde. Ihn stört das nicht. Er schlägt vielmehr vor: „Stellen wir dem Bundesverfassungsgericht die politische Verantwortung des Deutschen Bundestages entgegen.“ Das heißt: Er setzt auf einen Wechsel der Mehrheiten im Bundesrat in den nächsten vier Jahren.

Dies ist ein erneuter bedenklicher Versuch der SPD, das Grundgesetz zu untergraben. Die SPD/FDP ist bei ihrer Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit immer wieder an die Grenzen der Legalität gestoßen. Sie hat mit ihrer Mehrheit verfassungswidrige Gesetze verabschiedet und ließ es listig darauf ankommen, ob das Verfassungsgericht angerufen und dann durch sein Urteil das jeweilige, in Frage stehende Gesetz aufgehoben würde. Diese Versuche, die Belastbarkeit der Verfassung auszuloten, sind Teil der linken Rechtüberwindungsstrategie.

Sie wird ergänzt durch eine das Volk irreführende Absicherungstaktik. Wann immer ein Verfassungsorgan in Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Aufgabe eine andere Auffassung als die der SPD-geführten Bundesregierung oder der SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag vertritt, wird es durch öffentliche Beschimpfung bei den Bürgern in Mißkredit gebracht. Mit dieser Taktik der Verschleierung und scheinbaren Absicherung der eigenen Rechtsmißachtung soll die eigenständige Funktion der Verfassungsorgane in unserem auf Gewaltenteilung angelegten demokratischen Verfassungssystem untergraben werden.

Aufruf des DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter und Karl Schwab am 24. Juni an alle DGB-Gliederungen: „Es wäre verantwortungslos, das kostbare Gut der Einheitsgewerkschaft wegen kurzfristiger Wahlkampfauseinandersetzungen langfristig zu gefährden.“

„Matthöfer arbeitet wie Anno Tobak“

„Der Bundesfinanzminister arbeitet mit Volkswirtschaftlichen Erkenntnissen von

Anno Tobak.“ Dies erklärte der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Geiger, zu den Äußerungen Matthöfers, die Deutschen würden zuviel sparen. Die gegenwärtige Sparquote von 13 bis 14 Prozent hält Geiger für richtig, weil nur durch einen erhöhten Kapitaleinsatz weiteres Wachstum erreicht werden könnte. Der Sparkassenpräsident stellte die Frage: „Warum lehnt sich denn der Bundesfinanzminister Geld in Saudi-Arabien, wenn die Deutschen angeblich zuviel sparen?“

■ DEM WÄHLER SAGEN

Bonn schuldet schon jedem Arbeitnehmer 10000 DM

Die SPD behauptet:

„Es bedarf entschiedener fiskal- und geldpolitischer Zurückhaltung, um die inflationären Erwartungen zunichte zu machen.“ (Erklärung von Bundeskanzler Schmidt zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig)

Tatsache ist:

Die Fiskalpolitik der Bundesregierung entspricht diesen Erklärungen nicht. Während sich gegenwärtig die Inflation wieder den Preissteigerungen nähert, die wir aus der Brandtschen Regierungszeit kennen, lebt Bundeskanzler Schmidt munter weiter auf Pump. 1980 steht der Bund bereits mit 228 Mrd. DM in der Kreide. Das bedeutet für jeden Arbeitnehmer etwa 10 000 DM.

Seit 1975 liegt der staatliche Anteil an der gesamten Kreditnachfrage bei über 31 Prozent und damit zweieinhalbmal so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 1960/74. Je stärker der Staat als Kreditnehmer auftritt, desto mehr müssen die privaten Investoren weichen. Durch das hohe Haushaltsdefizit wird somit nicht nur die Inflation geschürt, sondern durch Verdrängung der privaten Investoren auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschwert.

Auch die SPD-Finanzplanung der 80er Jahre sieht keinen wirklichen Schuldenabbau vor. An den Schulden, die die SPD/FDP-Koalition gemacht hat, werden noch unsere Kinder tragen.

Energiepolitik

Bundeskanzler Schmidt behauptet:

„Der Einsatz der Kernkraft muß gesteigert werden, wenn der Weltenergiebedarf gedeckt werden soll. Wir werden daher unsere Kernkraftkapazitäten ausbauen müssen.“ (Helmut Schmidt auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig am 22./23. Juni 1980)

Tatsache ist:

Diese Forderung steht in krassem Gegensatz zu der Haltung der Koalitionsparteien SPD und FDP. Die SPD hat auf ihrem Berliner Parteitag 1979 beschlossen, „daß die Option für Kernenergie offengehalten und die Option, künftig auf Kernenergie zu verzichten, geöffnet werden soll.“

Dies ist eine Formel, die jede Festlegung vermeidet und eine klare Entscheidung auf ungewisse Zeit vertragt.

Der Dissens zwischen Bundeskanzler und SPD ist offenkundig, der Status quo ist in der SPD beschlossene Sache.

Dies ist verantwortungslos, denn lange Vorlauf- und Entwicklungszeiten machen deutlich: Zeit ist genauso knapp wie Energie.

Ähnlich ist die Haltung der FDP. Durch die Rücktrittsandrohung von Hans-Dietrich Genscher erschreckt, hat sie sich auf ihrem Bremer Parteitag nur zu einem gequälten und von vielen Vorbehalten abgeschwächten Ja entschlossen.

■ WAHLKAMPFTELEFON (02 28) 54 43 77

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

Die Sozialleistungen seien in den letzten Jahren verbessert worden, behauptet die SPD. Stimmt das denn?

Nein, zwar sind die finanziellen Aufwendungen für Sozialleistungen erheblich angewachsen. **Aber trotz dieses erheblichen Aufwandes sind die sozialen Probleme nicht geringer geworden;** sie haben sich im Gegenteil verschärft. Die ungelösten sozialen Probleme zeigen die geringe Wirksamkeit der SPD-Sozialpolitik.

Denn:

— Familien mit Kindern geraten zunehmend unter die Sozialhilfeschwelle. Die Zahl der Empfänger laufender Hilfen zum Lebensunterhalt ist von 1969 bis 1977 bei Ehepaaren ohne Kinder um 16 Prozent, bei Familien mit Kindern aber um 191 Prozent gestiegen.

— Der Anteil der Familienförderung am Sozialbudget hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert: 1968 kamen den Familien noch 20 Prozent der gesamten Sozialbudgetleistungen zugute, in diesem Jahr werden es nur noch 14,3 Prozent sein. Die SPD lässt die Familien links liegen.

— Die soziale Lage vieler älterer Mitbürger, besonders der Altenpflegeheimbewohner, verschlechtert sich zunehmend. Die meisten Altenpflegeheimbewohner sind heute Sozialhilfeempfänger.

— 55,5 Prozent aller Arbeitslosen sind Frauen, obwohl ihr Anteil an der Ge-

samtzahl der Arbeitnehmer nur 36,1 Prozent beträgt. Die SPD benachteiligt die Frauen.

Es genügt nicht, die Sozialleistungen nur zu erhöhen. Wichtiger ist es, die soziale Wirksamkeit dieser Mittel zu verbessern. Hier versagen SPD und FDP.

*

Man hört immer wieder, Bundeskanzler Schmidt mache doch gar keine so schlechte Politik, er sei nur in der falschen Partei — stimmt das denn?

Auf gar keinen Fall! Als Bahr an der Seite Breschnews die Kampagne gegen die Neutronenwaffe der Amerikaner begann, die die sowjetische Panzerüberlegenheit hätte ausgleichen können, hat Schmidt geschwiegen und anschließend den amerikanischen Präsidenten beschimpft.

Als eine Einheitsfront von Sozialdemokraten, orthodoxen Kommunisten und KBW-Leuten in Bremen gegen die Bundeswehr demonstrierte, hat Schmidt nach langem Zögern zwar die Gewaltanwendung verurteilt, nicht aber die Demonstration selbst, obwohl diese sich gegen die Bundeswehr und damit gegen den Staat und das Instrument seiner Friedenssicherung richtete.

Schmidt kann die Sozialisten ebenso wenig verhüten wie die FDP.

*

Wie kann die Union die Wähler überzeugen, daß sie die bessere Politik macht und die bessere Mannschaft hat?

Der objektivste Maßstab für die Wähler sind die **Regierungsbilanzen von CDU/CSU bis 1970 (sie sind ganz wesentlich von Strauß geprägt) und der SPD/FDP seit 1970 (sie sind ganz wesentlich von Schmidt geprägt)**. 1970 gab es keine Inflation, keine Arbeitslosigkeit und so gut wie keine Neuverschuldung. Der Terrorismus hatte keine Bedeutung. Die Extremisten hatten keine Chance, auch nicht im Staatsdienst. Der kalte Krieg wurde beklagt, aber den heißen hatte niemand zu fürchten. Das ist seit 1970 alles anders geworden. Der materielle Wohlstand hat sich scheinbar noch erhöht. Aber er ist zu einem nicht geringen Teil durch Schulden bei der jungen Generation geborgt. Unsere Fähigkeiten, neue Herausforderungen zu bestehen, sind wesentlich vermindert. Es ist Zeit, einen neuen Weg einzuschlagen.

*

Ist es richtig, wie Frau Schlei, außenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, sagt — daß die Mauer von der DDR als ein „Akt der Notwehr zur Existenzerhaltung“ errichtet worden ist?

Wer solches öffentlich sagt, schadet der Freiheit Berlins und der Freiheit Deutschlands. Damit argumentiert Frau Schlei auf der gleichen Linie wie Herbert Wehner, der den sowjetischen Überfall auf Afghanistan als vorbeugend und defensiv einordnete. Sie zielt bewußt auf die Lähmung des Widerstandes gegen die sowjet-kommunistische Unterdrückung und Expansion, sei es in Deutschland, sei es in Afghanistan.

Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf das Ziel der Wiedervereinigung aufgeben, sondern alle müssen den Wiedervereinigungsanspruch nach innen wachhalten und

nach außen beharrlich vertreten. Diese Forderung des Bundesverfassungsgerichts gilt auch für die SPD und ihre Berliner Repräsentanten.

*

Die SPD behauptet, der Frieden sei sicherer geworden. Ist das wirklich der Fall?

Keineswegs, während sich SPD-Politiker jahrelang illusionären Entspannungshoffnungen hingegeben haben, hat die Sowjetunion ihre Rüstungsanstrengungen erheblich verstärkt. Sie benutzt die sogenannte „Entspannungspolitik“ für eine Verstärkung ihrer aggressiven Hochrüstungspolitik.

Die Zahlen sind eindeutig:

— 1968 besaß der Warschauer Pakt 12 900 Panzer in Mitteleuropa, die NATO 5 635; heute beträgt dieses Verhältnis 18 000 zu 6 200 Panzer.

— 1968 hatte der Warschauer Pakt in Mitteleuropa 2 900 Kampfflugzeuge stationiert, die NATO 1 600; heute beträgt das Verhältnis 3 200 zu 1 420.

Um ihre Ziele durchsetzen zu können, hat die Sowjetunion auch die Rote Flotte zu einem offensiven Instrument ausgebaut, das jederzeit weltweit eingesetzt werden kann. Moskaus Strategie ist darauf ausgerichtet, die Öl- und Rohstoffversorgung des Westens sowie wichtige Handelswege unter Kontrolle zu bekommen. Gelingt ihr das, so werden die westlichen Staaten politisch erpreßbar.

Wir werden Frieden und Freiheit sichern. CDU und CSU sind für eine **realistische Entspannungspolitik** und für die Verständigung mit dem Osten; aber nicht unter sowjetischen Bedingungen, sondern an der Seite der USA und unserer westlichen Partner in einem starken Bündnis.

■ LANDWIRTSCHAFT

Die soziale Lage der deutschen Bauern ist schlecht

Der von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl vorgelegte Rückblick verschleiert wesentliche agrarpolitische Sachverhalte, erklärte MdB Burkhard Ritz in Bonn. Überwiegend von Erfolgen ist in dem Ertl-Bericht die Rede. Der Landwirtschaftsminister tut so, als sei er nicht auch für die großen Schwierigkeiten und Mißerfolge der Bundesregierung im Agrarbereich mitverantwortlich.

Die wichtigsten agrarpolitischen Tatsachen sehen so aus: Die durchschnittlichen Einkommen der deutschen Bauern haben sich absolut und im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen in den letzten Jahren außerordentlich ungünstig entwickelt. Hierfür ist im wesentlichen die Politik der Bundesregierung verantwortlich zu machen. Im Wirtschaftsjahr 1979/80 wird das durchschnittliche Reineinkommen je Familienarbeitskraft in den landwirtschaftlichen Betrieben um sechs Prozent niedriger liegen als 1976/77. Real, das heißt unter Berücksichtigung der Inflationsrate, werden die Einkommen der Bauern 1979/80 um rund 20 Prozent niedriger liegen als 1975/76.

Die Einkommensabstände zwischen

den bäuerlichen Einkommen und den Einkommen anderer, vergleichbarer Berufe werden immer größer. Kleinere landwirtschaftliche Betriebe hatten je Arbeitskraft 1979/80 ein um 43 bis 57 Prozent geringeres Einkommen als Angehörige anderer, vergleichbarer Berufsgruppen. Bei den mittleren landwirtschaftlichen Betrieben beträgt der Abstand 22 bis 38 Prozent. Selbst bei den großen landwirtschaftlichen Betrieben haben nur ganz wenige das sogenannte Vergleichseinkommen erreicht. Angesichts der derzeitigen schlechten Preis/Kostenlage für die Landwirtschaft — die realen Agrarpreise haben einen Tiefstand erreicht — wird sich die Einkommensdisparität noch wesentlich vergrößern. Die soziale Lage der deutschen Bauern ist schlecht. Die Bundesregierung hat das wichtigste agrarpolitische Ziel nicht erreicht.

In seinem agrarpolitischen Rückblick verniedlicht der FDP-Landwirtschaftsminister auch die negativen Folgen der miserablen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung auf die Landwirtschaft. Die allgemein schlechten, seit Jahren anhaltenden, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit hohen Arbeitslosenziffern und im Vergleich zu früheren Zeiträumen hohen Inflationsraten bei geringen Wachstumsraten sowie

ARGUMENTE aus dem UiD

Abrüstung

In seiner Antwort auf den Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation erklärt Franz Josef Strauß die Bereitschaft der Union, jede Initiative für eine sinnvolle Abrüstung, für wirksame Rüstungsbegrenzung und echte Rüstungskontrolle zu unterstützen (**UiD 12/1980 S. 4 f.**).

Die UiD-Dokumentation 12/1980 über das SPD-Wahlprogramm zeigt, daß trotz Ostverträgen, KSZE- und Abrüstungsverhandlungen sich die Sowjetunion ein Militärpotential aufgebaut hat, das weit über die Notwendigkeit der Landesverteidigung hinausgeht (S. 2). In seiner Rede vor dem 28. Bundesparteitag der CDU macht Franz Josef Strauß der SPD den Vorwurf, bei Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle zu vergessen, daß die Sowjetunion damit das Ziel verfolgt, die freie Demokratie wehrlos und kapitulationsreif zu machen (**UiD-Extra 19/1980, S. 13.**).

UiD 20/1980 S. 5 f. bringt den Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der die Bedeutung unterstreichen soll, die der Bundestag seit je der kontrollierten und sicherheitspolitisch vertretbaren Abrüstung — vor allem im Bereich der Massenvernichtungswaffen — zugemessen hat.

die hohe Staatsverschuldung beeinflussen die wirtschaftliche Fortentwicklung der deutschen Landwirtschaft äußerst negativ.

Zum einen stagniert dadurch der notwendige Strukturwandel; zum anderen versucht die Bundesregierung alles Erdenkliche, um aus der Landwirtschaft, zum Beispiel auf dem Steuersektor, hohe Geldbeträge herauszupressen. Selbst die der Landwirtschaft rechtmäßig zustehende Anhebung der Vorsteuerpauschale bei der Mehrwertsteuer in Höhe von 500 Millionen Mark wird ihr mangels Finanzmasse vom Bundesfinanzminister vorenthalten. Soweit ist es also schon gekommen, daß der Bundesfinanzminister seine finanziellen

Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann oder will. Auch hier hat Ertl sich nicht durchsetzen können.

Bei dem wichtigsten Einkommensfaktor der Bauern, den Agrarpreisen, ist Ertl in den letzten Jahren mit äußerst schlechten Ergebnissen heimgekommen. Die Abschlüsse für die Bauern lagen stets weit unter der Inflationsrate.

Es wäre auch wünschenswert gewesen, wenn Ertl der vor allem in der SPD und von ihrem Vorsitzenden Brandt geäußerten unsachlichen und undifferenzierter Kritik am EG-Agrarmarkt energischer entgegengetreten wäre. Somit trägt der FDP-Politiker Ertl auch mit dazu bei, daß die Landwirtschaft ungerechtfertigterweise durch die SPD in Mißkredit gebracht wird.

■ HÖRFUNK IM WAHLKAMPF

Kritische Anmerkungen zu einem Morgen-Magazin

Zu einem Wahlhelfer der Regierungskoalition hat sich der Deutschlandfunk (DLF) in manchen seiner Polit-Magazine entwickelt. Das gilt insbesondere für das Morgen-Magazin „Musik und Informationen“, das zu einer Zeit ausgestrahlt wird, da viele Millionen Rundfunkhörer ihr Gerät eingeschaltet haben.

In dieser Sendung interviewen die „Redakteure am Mikrofon“ Politiker über aktuelle politische Fragen. Aus diesen Interviews entstehen dann Nachrichten, die meist mehrfach in den anschließenden stündlichen Nachrichtensendungen des DLF gesendet, aber auch von anderen Rundfunkanstalten und Nachrichtenagenturen übernommen werden. Durch die Kombination von Interview und Nachricht haben es die Rundfunkjournalisten in der Hand, nach eigenem Ermessen Aktualität zu schaffen und damit gleichzeitig auch politisch Stimmung zu machen.

Wie dieses Verfahren in der Praxis funktioniert, läßt sich am Beispiel zweier beliebiger Sendewochen darstellen. Zum Interview gebeten wurden die Koalitionspolitiker Huonker, Verheugen, Wischniewski, Penner und Offergeld. Und zwar alle zu wahlwichtigen innen- und außenpolitischen Themen. Huonker griff die CDU/CSU wegen ihrer Kritik

am Treffen Schmidt/Honecker an, Verheugen warb um Zweitstimmen, Wischniewski pries die angeblich ungestörten deutsch-amerikanischen Beziehungen, Penner tat die Ergebnisse der Untersuchungen des Verteidigungsausschusses des Bundestages über die Bremer Kravalle als Wahltaktik ab, Offergeld schwadronierte über sozial-liberale Entwicklungshilfe für südamerikanische Staaten. In der gleichen Zeit wurden zwar auch die CDU/CSU-Politiker Mertes und Marx befragt, doch beide zum vergleichsweise wahlkampfneutralen Thema der israelisch-arabischen Beziehungen.

Besonders kraß war der Wahlkampfcharakter des Gesprächs mit dem Staatsminister im Bundeskanzleramt Huonker, der meinte, hinter der Oppositionskritik „steckt eine unwahrhafte Kampagne gegen dieses Gespräch... reine Wahlkampfpolemik“. Und er nutzte die Gelegenheit zu einer heftigen Attacke gegen die Opposition: „Dies ist die übliche billige Polemik von Oppositionspolitikern, die wirklich in mir den Verdacht erhärten und verstärken, daß es diesen Politikern nicht darum geht, Fortschritte in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, Erleichterungen für die Menschen zu erreichen, sondern daß es hier nur darum geht, alte, längst überholte und von

DER NEUE REALISMUS

Außenpolitik nach
Iran und Afghanistan

Herausgegeben von Helmut Kohl

Mit Beiträgen von
Andries van Agt, Christoph Bertram,
Karl W. Deutsch, Jürgen Domes,
Heiner Geißler, Wilhelm G. Grewe,
William E. Griffith, Theodor Hanf,
Arnold Hottinger, Helmut Kohl,
Helmut Sonnenfeldt

Erb Verlag

Dieses Buch, Erb-Verlag, Düsseldorf,
Paperback, Preis 16,80 DM, enthält
sämtliche Referate, die auf der interna-

vielen Menschen als falsch erkannte Positionen erneut aufzuwärmen und im Vorfeld der Bundestagswahl alles zu tun, um dem Bundeskanzler die Wahrnehmung seiner Pflichten als Bundeskanzler zu erschweren. Diese diffamierende wahlkampfpolitische Entgleisung des Staatsministers wurde von dem Redakteur nicht hinterfragt.

Statt dessen bot sich der DLF dem Staatsminister des Kanzlers als Sprachrohr für billige Wahlkampfpolemik an. Eine journalistisch unverantwortliche Handlungsweise.

tional besetzten außenpolitischen Fachtagung der CDU am 4. und 5. März 1980 in Bonn gehalten wurden (von Andries van Agt, Christoph Bertram, Karl W. Deutsch, Jürgen Domes, Heiner Geißler, Wilhelm Grewe, William E. Griffith, Theodor Hanf, Arnold Hottinger, Helmut Kohl, Helmut Sonnenfeldt).

Die scharfsinnigen Analysen der neuen außenpolitischen Lage nach Iran und Afghanistan durch renommierte Wissenschaftler und Publizisten fanden weithin Beachtung, ebenso die politischen Konsequenzen und Perspektiven, die die Politiker vortrugen.

Die Beiträge dieses Bandes begründen und fordern einen neuen Realismus in der internationalen Politik, der gekennzeichnet ist durch eine nüchterne Beobachtung der veränderten Situation, durch eine realistische Einschätzung der Ziele und Potentiale der Weltmächte, aber auch durch ein nachdrückliches Festhalten an den Werten und Idealen, denen die Außenpolitik zu dienen hat: Frieden, Freiheit, Menschenrechten und mehr sozialer Gerechtigkeit in der Welt.

Ein wahlpolitischer Trick des DLF war es auch, den FDP-Generalsekretär Verheugen über die Äußerung von SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr zu befragen, der gesagt hatte, die SPD könne auf Zweitstimmen zugunsten der FDP nicht verzichten.

Dies bot Verheugen die Gelegenheit zu einer Werbung für eben solche Zweitstimmen. Und Verheugen bedankte sich für solche Schützenhilfe umgehend: „„Je mehr darüber gesprochen wird, desto mehr Wählern wird diese Möglichkeit bewußt.““

Zur Sache:

Bürokratisierung als System des Sozialismus SPD-Staat durch die Hintertür

Falls Sie irgendwann einmal vorhaben sollten, ein Häuschen zu bauen, dann sollten Sie sich auf einige Erlebnisse in Sachen Bürokratismus gefaßt machen: Für einen einzigen Bauantrag sind sage und schreibe 200 (zweihundert) „Prüfungsvorgänge“ notwendig. Leute, die das mitgemacht haben, können ein Lied davon singen.

Es ist das garstige Lied vom SPD-Staat: Immer mehr Gesetze, Erlasse, Verfügungen, Verordnungen. Das gilt nicht nur fürs Häuserbauen. Das beginnt schon beim Anmelden eines Autos.

Hinter dieser Bürokratisierung steckt System. Sie ist für Sozialisten ein Mittel zur lautlosen Veränderung unserer freiheitlichen Ordnung. Der

Marsch in den SPD-Staat beginnt durch die Hintertür.

Diese Entwicklung muß gestoppt werden. Eine Regierung der CDU/CSU unter Führung von Franz Josef Strauß wird mit der Bürokratisierung Schluß machen.

Sie wird dafür sorgen, daß die Flut der Gesetze und Verordnungen eingedämmt wird. So wie die CDU-Regierung in Baden-Württemberg aus 4 500 Justizverwaltungsvorschriften 1 200 machte.

Eine Regierung unter Kanzler Franz Josef Strauß wird dafür sorgen, daß die mündigen Bürger wieder mehr Selbstverantwortung tragen werden. Denn die CDU vertraut auf den Bürgersinn.

Den Marsch in den SPD-Staat stoppen. Für Frieden und Freiheit

CDU

sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Nicht unter Kontrolle

Bundesfinanzminister Matthöfer hat jetzt den Schuldigen an der besorgniserregenden Staatsverschuldung ausgemacht: Es ist der deutsche Sparer. Würde er nicht so emsig auf die hohe Kante legen, dann hätte der Staat weniger Schulden.

Diese Erklärung ist insofern originell, weil sie Zusammenhänge auf den Kopf stellt und zudem gefährlich ist. Damit die Sparer diesen Ausspruch nicht etwa für bare Münze nehmen, sei auf einige Zusammenhänge verwiesen.

Erstens: Eine Wirtschaft braucht Investitionen. Ohne kräftiges Sparen könnte sie diese inflationsfrei nicht finanzieren (es sei denn, man würde die Notenpresse an). Zweitens: Ohne den emsigen Sparer könnte der Staat keine so preiswerten Kredite aufnehmen. Matthöfer tut dem Sparer, bei dem er sich Geld borgt, doppelt Unrecht.

Drittens: Verschuldung in jüngster Zeit ist nicht auf notwendige Konjunkturspritzen zurückzuführen, sondern auf ein strukturelles Dauerdefizit, also auf dauernde Überforde-

rung des Staates durch konsumtive Ausgaben.

Matthöfer (der im übrigen die konjunkturstützende Kreditaufnahme der Bürger vergißt) suggeriert dagegen, seine Verschuldung sei konjunkturrell so nötig wie in der Rezession (was sie nicht ist, denn die Konjunktur läuft noch glänzend).

Gefährlich ist seine These, weil hastige Konsumappelle an Sparer nicht zu mehr Konsum führen, sondern im Gegenteil Angst- und Krisensparen auslösen können. Seine Spartaktik reiht sich im übrigen nahtlos ein in die von Gewerkschaftsseite kultivierte, aber nicht haltbare Kaufkrafttheorie des Lohnes. So mehren sich die Zeichen, daß sich der Bundesfinanzminister nicht immer unter Kontrolle hat.

Die Welt, 15. August 1980

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Geiger, wies mit großem Nachdruck die Düsseldorfer Äußerungen Matthöfers zurück, in denen dieser den Deutschen den Vorwurf machte, sie würden zuviel sparen. Geiger stellte die kritische Frage: „Warum leiht sich denn der Bundesfinanzminister Geld in Saudi-Arabien, wenn die Deutschen angeblich zuviel sparen?“

Kölnische Rundschau, 15. August 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.